

Liechtensteiner Volksblatt

Adresse: Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan · Telefon (075) 232 42 42 · Fax Redaktion (075) 232 29 12 · Fax Inserate (075) 232 95 46 · Amtliches Publikationsorgan · 60 Rp.

Die FBP-Regierungsmannschaft knüpft Kontakte und führt Gespräche

Die FBP als stärkste Partei nach den Wahlen bereitet sich auf die Koalitionsgespräche vor – Erstmals eine Frau in die Regierung

(G. M.) – Markus Büchel, FBP-Regierungschefkandidat, absolvierte in den zwei Tagen nach dem Wahlerfolg ein anstrengendes Programm, da er von zahlreichen Medienvertretern kontaktiert wurde, aber auch viele Glückwünsche aus der Bevölkerung über Telefon entgegennehmen konnte. Zwischendurch fand er aber noch Zeit, ein erstes Gespräch mit den Regierungskandidaten Dr. Cornelia Gassner und Kurt Korner zu führen. Am Dienstagabend stand auch eine Sitzung mit dem FBP-Landesvorstand zur Analyse des Wahlergebnisses und zur Frage einer Koalition auf der Tagesordnung.

Markus Büchel wertet das Wahlergebnis der FBP als grossen Erfolg für die Partei und grossen Vertrauensbeweis für die Landtags- und Regierungsmannschaft, die mit dem Versprechen nach mehr Ehrlichkeit und Transparenz in der Politik zu den Wahlen angetreten waren. Besondere Freude bereitete dem FBP-Regierungschefkandidaten, wie er gestern auf Anfrage erklärte, das Gesamtergebnis im Wahlkreis Unterland, wo die Hälfte der Stimmen für sich gewinnen konnte. Aber auch die Stimmengewinne im Wahlkreis Oberland – mit Ausnahme von Planken – sind für ihn eine grosse Genugung und ein Beweis dafür, dass die Wählerinnen und Wähler sowohl dem FBP-Programm als auch den Frauen und Männern, die als Kandidaten hinter diesem Programm standen, einen Vertrauensvorschuss gaben.



Zum Wahlerfolg der FBP hat auch die neue, kompetente Kandidatenmannschaft für die Regierung beigetragen. Markus Büchel ist bereit, mit Dr. Cornelia Gassner und Kurt Korner eine neue Regierung zu bilden. Koalitionsgespräche werden in den nächsten Tagen aufgenommen. (Bild: Beat Schurte)

Erfahrung als Neuling

Obwohl Markus Büchel auf der politischen Bühne ein Neuling ist, verfügt er durch seine Ausbildung auf dem zweiten Bildungsweg als auch durch seine Tätigkeit in der Privatwirtschaft sowie als Experte in der EWR-Verhandlungsdelegation über eine grosse Erfahrung. Er weist in

diesem Zusammenhang auf die Fernscheidung auf dem Landeskanal hin, bei der er nach Aussagen vieler Zuschauer mit seiner Sachlichkeit und Sachkompetenz bestach, während Regierungschef Hans Brunhart auf der politischen Ebene argumentierte. Jene Sendung vermittelte auch den Eindruck, dass Markus Büchel

gerade in den wichtigen Fragen wie Zollvertrag und EWR über einen Kenntnisstand verfügt, der ihn zum kompetenten Verhandlungspartner auszeichnet.

Kontakte zu Bern und Brüssel

Aufgrund seiner bisherigen Tätigkeit verfügt der FBP-Regierungschef-

kandidat über sehr gute Kontakte zu Persönlichkeiten in Bern und Brüssel, die er bereits in diesen Tagen nutzen möchte, um sich über den neuesten Stand der Dinge zu informieren. Markus Büchel plant auch die Aufnahme von Gesprächen mit allen Wirtschaftsverbänden, da vor den entscheidenden Verhandlungen über Zollvertrag und EWR ein möglichst breites Spektrum an Meinungen und Fachwissen als Grundlage bereitgestellt werden soll. Zu seinem Wahlausspruch «Ich werde gemeinsam mit den besten Leuten durch geschicktes Verhandeln die wirtschaftliche Position Liechtensteins sichern» steht er auch nach den Wahlen.

Kompetente Regierungsmannschaft

Bei der Bewältigung dieser Aufgaben stehen ihm mit Kurt Korner und Dr. Cornelia Gassner zwei Regierungskandidaten zur Seite, die sich ebenfalls durch Sachkompetenz auszeichnen. Zusammen mit ihnen will Markus Büchel in diesen Tagen die Beratungen beginnen, damit die Regierungsarbeit nach der Wahl im Landtag und der Bestätigung durch den Landesfürsten sofort aufgenommen werden kann. Diese Regierungsmannschaft hat nach den Worten von Markus Büchel bei den Wahlen ebenfalls einen grossen Vertrauensbeweis erhalten. Mit Dr. Cornelia Gassner hat die FBP auch den Beweis erbracht, dass sie nicht nur für Gleichberechtigung eintritt, sondern sie auch verwirklicht.

SVB und SKA wollen 2000 Stellen abbauen

Zürich (AP) Beim Schulterchluss von Volksbank und SKA unter dem Dach der CS Holding werden in den kommenden zwei Jahren bis zu 150 Schweizer Filialen beider Institute geschlossen und rund 2000 Stellen abgebaut. Die Volksbank will dieses Jahr nach einem Verlust von 68 Millionen Franken für 1992 wieder schwarze Zahlen schreiben, wie es an der Bilanzpressekonferenz vom Dienstag in Zürich hiess.

Das Anfang Jahr bekannt gewordene Übernahmeprojekt der CS Holding für die Schweizerische Volksbank (SVB) wird mit Hochdruck vorangetrieben und soll in drei Paketen realisiert werden, wie der neue SVB-Generaldirektionspräsident Kurt Widmer vor der Presse bekanntgab. Bis 1995 werden das gegenwärtig insgesamt 400 Filialen umfassende gemeinsame Geschäftsstellennetz bereinigt und rund 2000 der insgesamt 25 000 Arbeitsplätze gestrichen, wie SVB-Generaldirektor Werner Sigg sagte; der Stellenabbau erfolgt zusätzlich zu dem bei der SVB bereits laufenden Abbau von 500 Stellen. Grössere Entlassungsaktionen seien vorerst nicht geplant. Vielmehr solle der Stellenabbau hauptsächlich über die normale Fluktuation, frühzeitige Pensionierungen und «gegenseitige Durchlässigkeit» bewerkstelligt werden. Wie Sigg ausführte, werden 100 bis 150 Filialen beider Banken geschlossen.

St. Galler Regierung sagt nein zu Rheinkraftwerken

Regierungsrätliche Vernehmlassung zum Projekt Rheinkraftwerke – Befürchtungen um Grundwasser zu gross

Der St. Galler Regierungsrat ersucht den Bundesrat, dem Wasserrechtsverleihungsgesuch für den Bau der Rheinkraftwerke Schweiz-Liechtenstein nicht stattzugeben. Zwar unterstützt der Regierungsrat angesichts des stets wachsenden Strombedarfs von Haushalten und Wirtschaft die Suche nach zusätzlichen Produktionsmöglichkeiten von Elektrizität zur Sicherstellung der Versorgung. Hingegen kann der Umweltverträglichkeitsbericht insbesondere Befürchtungen um eine negative Beeinflussung von Qualität und Quantität des Grundwassers im Hinblick auf die Trinkwassergewinnung und auf die Nutzung der Rheinebene nicht ausräumen, heisst es in einer Mitteilung der Staatskanzlei vom Dienstag.

Das Studienkonsortium Rheinkraftwerke Schweiz-Liechtenstein, dem die Liechtensteinischen Kraftwerke, die Nordostschweizerische Kraftwerke AG sowie die Motor-Columbus AG angehören, legte im September 1991 den Umweltverträglichkeitsbericht (UVB) zum Konzessionsprojekt 1979/80 mit Ergänzungen 1991 vor. Das Projekt bezweckt die Nutzung der Wasserkraft des Rheins im Bereich der Grenze zwischen dem Fürstentum Liechtenstein und dem st. gallischen Bezirk Werdenberg.

Viele Einsprachen und Eingaben

Der Bundesrat ist gemäss Bundesgesetz über die Nutzbarmachung der Wasserkraft Konzessionsbehörde bei Grenzkraftwerken und somit auch für die Durchführung der Umweltverträglichkeitsprüfung und die Behandlung der Einsprachen zuständig. Der Kanton St. Gallen ist anzuhören.

Von den im Jahr 1985 eingegangenen 321 Einsprachen zum Konzessionsprojekt zuhanden des Bundesrates wurden im Rahmen der öffentlichen Auflage des UVB (3. Februar bis 3. März 1992) deren 12 zurückgezogen. Zusätzlich gingen rund 140 Eingaben aus der betroffenen Region und etwa 170 Eingaben aus Vorarlberg ein.

Erhebliche Änderungen der Verhältnisse

Gemäss Studienkonsortium verursache das Projekt der Rheinkraftwerke bei seiner Realisierung erhebliche Änderungen der hydraulischen Verhältnisse in der Projektstrecke (z. B. Änderung der Fließgeschwindigkeiten). Als Folge dieser Änderungen träten Auswirkungen in der Gewässerökologie und Fischerei sowie zum Teil auch für die Vogelwelt, die Erholung und das Landschaftsbild zwischen den Dämmen auf, die nicht durch Massnahmen zu kompensieren seien. Durch den fast vollständigen Verlust der Kiesinseln werde ein Drittel des derzeit in der Schweiz gemeldeten Bestandes des Flussregenpfeifers sein Brutbiotop entzogen. Der weitgehende Verlust der freien Fließstrecke und der Kiesinseln bedeute auch einen zum Teil starken Konflikt für ge-

wisse Erholungsaktivitäten und für das Landschaftsbild zwischen den Rheindämmen.

Grund- und Trinkwasserschutz

In der Eingabe der Vereinigung der Gemeinden Region Werdenberg gilt die Hauptsorge dem Grund- und Trinkwasserschutz. Die Bezirksparteien im Werdenberg beantragen die Ablehnung des Wasserrechtsverleihungsgesuches bzw. bringen gewichtige Vorbehalte in der Grundwasserfrage an. Internationale Gremien kommen in ihren Eingaben zum Schluss, mit dem UVB sei die Umweltverträglichkeit der Rheinkraftwerke nicht nachgewiesen.

Die in den zahlreichen Eingaben deutlich zum Ausdruck kommende Meinung von Behörden und Bevölkerung des Rheintals wird, wie es der Grosse Rat im kantonalen Richtplan 1987 forderte, in

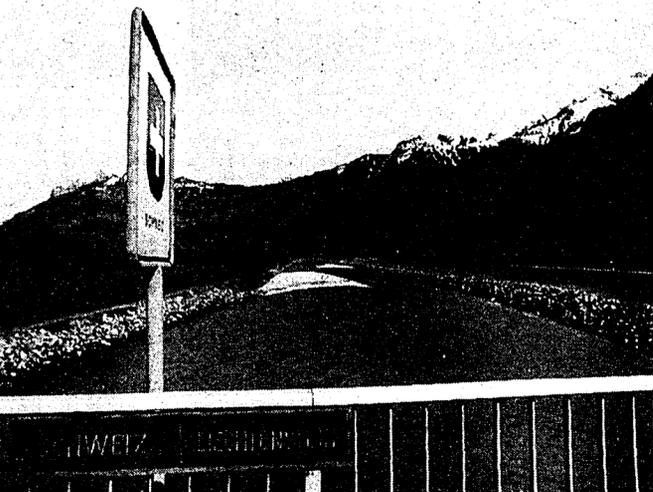
(Fortsetzung auf Seite 2)

Rheinkraftwerke: Noch keine Entscheidung

Die Regierung hat sich mit den Stellungnahmen der Amtsstellen zum Umweltverträglichkeitsbericht des Studienkonsortiums Rheinkraftwerke befasst, aber noch keine Gesamtstellungnahme zum Projekt abgegeben. Diese Auskunft gab Regierungsrat René Ritter, zuständig für das Ressort Wirtschaft, gestern nachmittag auf Anfrage. Er rechnet nicht damit, dass sich die noch im Amt befindliche Regierung abschliessend zum Projekt äussern wird. Nach seiner Auffassung wird sich die neue Regierung mit dieser Frage zu befassen haben.

Als das Studienkonsortium Rheinkraftwerke im September 1991 den Umweltverträglichkeitsbericht vorlegte, beauftragte die Regierung das Amt für Volkswirtschaft mit der Koordination der Prüfungsberichte. In das Prüfungsverfahren einbezogen wurden das Amt für Gewässerschutz, das Forstamt, das Landwirtschaftsamt, das Tiefbauamt, die Landesplanung und die Finanzkontrolle. Alle diese Amtsstellen lieferten nach Angaben von Regierungsrat Ritter der Regierung ihre Berichte über Teilbereiche ab. Diese Berichte enthielten auch Empfehlungen aus der Perspektive des jeweiligen Amtes, doch wird die Regierung aufgrund dieser Angaben eine Gesamtstellungnahme erarbeiten.

Ob das Projekt Rheinkraftwerke noch verwirklicht werden kann, steht vorerst nicht fest. FBP und Freie Liste haben sich in ihrem Wahlprogrammen gegen die Rheinkraftwerke in der vorgelegten Form ausgesprochen, die VU möchte die Umweltverträglichkeitsprüfung abwarten. Aus energiepolitischer Sicht müsste sich Liechtenstein, so fasste Regierungsrat Ritter seine Meinung zusammen, für die Rheinkraftwerke aussprechen. Dagegen sprächen jedoch die Auswirkungen auf die Ökologie und das Grundwasser.



Der St. Galler Regierungsrat stellt sich gegen das Projekt der Rheinkraftwerke Schweiz-Liechtenstein und ersucht den Bundesrat, dem Konzessionsgesuch nicht stattzugeben. Unser Bild: der Rhein bei Balzers/Trübbach.

DENNER-Satellit
Ihr privater Detaillist mit echten Discountpreisen

Schaan-Vaduz

Moro-Orangen
2 kg 2.20

Tomaten
1 kg 2.95

Beachten Sie die laufenden Denner-Aktionen in der Tagespresse.